

Einleitung der Herausgeber

Politische Theorien gibt es bereits so lange, wie es die Politik als ein eigenständiges gesellschaftliches Phänomen gibt – spätestens seit der griechischen Antike in ihrem politischen ‚Könnens-Bewusstsein‘ (Christian Meier), wenn man nicht schon weltliche Ordnungsvorstellungen des antiken Ägypten oder der jüdischen Tradition dazu rechnen möchte. Heute sind politische Theorien und die Beschäftigung mit politischen Vorstellungen und Erfahrungen der Vergangenheit in der politischen Ideengeschichte nicht nur geronnenes Kulturgut und Bestandteil der politischen Alltagskommunikation, sondern sie existieren auch als mehr oder weniger eigenständiger Bereich innerhalb eines akademischen Feldes, das in Deutschland in erster Linie von der Politikwissenschaft reklamiert wird. Unter der Bezeichnung „Politische Theorie und Ideengeschichte“ bildet sie in der Bundesrepublik Deutschland seit mehreren Jahrzehnten einen der vier fest etablierten Teilbereiche der Politikwissenschaft (neben der Innenpolitik, der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Internationalen Politik). Die disziplinären Grenzen sind in einigen anderen Ländern zuweilen etwas anders gezogen – so ist in den USA die normative politische Theorie unter dem Namen „Politische Philosophie“ häufig auch im Fach Philosophie angesiedelt und in England haben wichtige Vertreter der politischen Ideengeschichte ihre Lehrstühle bei den Historikern. Gleichwohl wird Politische Theorie und Ideengeschichte auch international fest als eines der etablierten Teilgebiete des Faches Politikwissenschaft anerkannt.

Der wissenschaftliche Etablierungsgrad von Politischer Theorie und Ideengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich nicht nur an der Zahl bedeutender Forschungen und Einzelpublikationen aus den vergangenen Jahrzehnten ablesen, sondern auch an einer Reihe weiterer Indikatoren. Die Subdisziplin beteiligt sich an eigenen internationalen Fachzeitschriften und Schriftenreihen, es gibt mittlerweile eine für Anfänger kaum mehr zu überblickende Anzahl an Einführungsbüchern und mehrere Nachschlagewerke zur Politischen Theorie und Ideengeschichte, und die Teildisziplin ist seit Jahren fest in den Lehrplänen politikwissenschaftlicher Studiengänge verankert. Auch personell hat sich die Teildisziplin in den vergangenen vierzig Jahren in Deutschland mit einem stabilen Anteil von zwölf bis 14 Prozent an den (lange Zeit sich vermehrenden) Professuren im Fach gut halten können (vgl. Arendes 2005: 134). In den USA konnte sie personell in den 1980er und 1990er Jahren anteilig sogar noch

erheblich zulegen.¹ Angesichts des später viel zitierten Diktums von Peter Laslett aus dem Jahre 1956, die Politische Theorie sei „dead“, oder der von Isaiah Berlin 1961 besorgt gestellten Frage ‚does political theory still exist?‘ ist dies insgesamt keine gering zu erachtende Erfolgsbilanz.²

Nun sind wissenschaftliche Disziplinen und Teildisziplinen bekanntlich keine für die Ewigkeit geschaffenen Terrains mit einem Anspruch auf Artenschutz, sondern müssen sich immer wieder neu in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Ansprüchen für wissenschaftliche Gebiete durchsetzen. Und wenn sich ebenso fest etabliert scheinende Teilgebiete der Politikwissenschaft wie das des ‚Regierungsystems der Bundesrepublik Deutschland‘ aufgrund von offensichtlichen Veränderungen in ihrem Gegenstandsbereich – zum Beispiel durch die enge Einbettung des bundesdeutschen politischen Systems in das Mehrebenensystem der EU – in ihrem konzeptionellen Selbstverständnis und in ihren Beziehungen zu den anderen Teilen des Faches neu definieren müssen, dann kann auch die Politische Theorie und Ideengeschichte nicht von vornherein für sich einen sakrosankten Status reklamieren. Stattdessen muss sie – wie jedes andere Teilgebiet auch – ihre Rolle im kognitiven Profil der Disziplin immer wieder neu mit guten Gründen darlegen und gegebenenfalls mit Blick auf neue Entwicklungen anders zuschneiden.

Eine gewisse Dringlichkeit erfährt diese Rollendefinition durch einen Faktor, der seinen Ursprung in der Bildungspolitik hat. Unter dem Namen ‚Bologna-Prozess‘ wurde im Jahre 1999 von europäischen Bildungspolitikern unter anderem eine Vereinheitlichung der europäischen Hochschulabschlüsse vereinbart, was für viele Länder zur Folge hat, dass sie ihre bisherigen Studiengänge und -abschlüsse radikal verändern müssen. Auch in Deutschland ist dieser Prozess seit einiger Zeit heftig im Gange, und verständlicherweise wird auch in der Politikwissenschaft darüber spekuliert, welche Auswirkungen der Bologna-Prozess auf das zukünftige kognitive Profil der Disziplin und auf ihre einzelnen Teildisziplinen haben wird. Viele Politikwissenschaftler agieren in diesem Prozess immer noch als die Getriebenen und beobachten den gegenwärtigen Umbau der deutschen Universitätslandschaft mit einer Mischung aus Hoffen und Bangen. Manche Vertreter einiger Teilbereiche (z.B. Internationale Beziehungen) oder einiger Themenschwerpunkte (z.B. Europastudien) machen sich ganz offen große Hoffnungen auf eine personelle Expansion im Zuge der Etablierung neuer Studiengänge. In anderen Teilbereichen (z.B. Politisches System der Bundesrepublik, Vergleichende Politikwissenschaft) wird eher die Sorge geäußert, ihre Teilbereiche könnten zu den Verlierern der nächsten Jahre gehören. Und je nach

¹ In den Vereinigten Staaten rechneten sich 1973 11,2 Prozent der Lehrenden im Fach dem Bereich ‚Political Theory‘ zu, 1999 war diese Zahl auf 18,9 gestiegen (vgl. Grant 2006: 189).

² Vgl. Laslett (1956) und Berlin (1961).

Szenario werden dem wissenschaftlichen Nachwuchs ganz unterschiedliche Empfehlungen für die weitere Lebensplanung mit auf den Weg gegeben.

Erste empirische Bestandsaufnahmen der neuen Studiengänge belegen, dass diese Spekulationen nicht unbegründet sind, weil der Aufbau der neuen BA- und MA-Studiengänge nicht nur Veränderungen im Lehrbetrieb, sondern auch Veränderungen in den Lehrinhalten nach sich zieht. Dies gilt vor allem für die wachsende Zahl hybrider Master-Studiengänge, die auf ein Thema fokussiert sind und dieses Thema dann in der Lehre interdisziplinär bedienen wollen. Erste inhaltliche Auswertungen der in Deutschland neuen Studiengänge haben ergeben, dass die Politische Theorie und Ideengeschichte als eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft im Zuge der Bachelor- und Masterprogramme massiv in Bedrängnis gerät – eine Bedrängnis, die mit dem Qualifikierungsgrad des Studiums ansteigt. Würde man die gegenwärtige Entwicklung einfach unverändert in die Zukunft projizieren, dann gäbe es im Jahre 2030 fast nur auf BA-Ebene Lehrende für Politische Theorie und Ideengeschichte im bisherigen Sinne, während Theoretiker im MA-Bereich und in den geplanten Postgraduiertenstudiengängen bestenfalls einige wenige passförmige Module zum Studiengang beizutragen hätten (vgl. Buchstein/Fietz 2007).

Diese Befunde sollten allerdings weder Anlass zur Larmoyanz aus den Reihen der Subdisziplin geben noch zu lautem Klagen über unbotmäßige Einmischungen der Bildungspolitiker führen – denn zum einen tut eine Vereinheitlichung der Studiengänge tatsächlich not, und zum anderen hätte es ohne vergleichbar massive Einmischungen von Bildungspolitikern vor fünfundvierzig Jahren weder die Expansion des Faches noch den damit verbundenen Ausbau der Politischen Theorie und Ideengeschichte gegeben.³ Angesichts der neuen Situation gilt einmal mehr die einfache Regel, dass sich die Politische Theorie und Ideengeschichte wie jedes andere Teilgebiet des Faches nicht einfach darauf ausruhen kann, dass sie bislang im Kanon des Faches eine eigenständige Rolle gespielt hat. Genauso wenig genügt der stolze Verweis auf den erreichten hohen Differenzierungsgrad innerhalb der Teildisziplin, um daraus abzuleiten, dass auch zukünftig alle Ressourcen bereitgestellt werden müssten, um diesen Prozess einfach weiter fortzuschreiben. Kognitive Ordnungen sind immer in Bewegung, und neben der intradisziplinären Differenzierung stoßen wir bei der Beobachtung von Wissenschaft auch auf Prozesse von interdisziplinärer Fusion oder transdisziplinärer Auslagerung, die nicht von vornherein aus Gründen der Tradition abgelehnt werden können.

³ Zu Beschlüssen der Kultusministerkonferenz der Länder Anfang der 1960er Jahre, die schulische Politische Bildung in Reaktion auf eine ganze Welle antisemitischer Hakenkreuzschmierereien massiv auszubauen und die Politikwissenschaft mit den entsprechenden Lehramtsstudiengängen zu betrauen vgl. Bleek (2001: 315ff.).

Damit sind wir bei dem zentralen Thema dieses Buches: Es geht um das neu in Bewegung geratene Verhältnis der Politikwissenschaft als Disziplin auf der einen und der Politischen Theorie und Ideengeschichte als einer ihrer Teildisziplinen auf der anderen Seite. Wie ist gegenwärtig das Verhältnis der beiden Wissensfelder zueinander zu bestimmen und welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Analyse? Das Verhältnis hat mehrere Facetten:

- In *inhaltlicher* Hinsicht geht es zunächst um die Frage, was genau Bestandteil des Gegenstandsbereiches von Politischer Theorie und Ideengeschichte ist. Sollen zukünftig auch weiterhin normative Theorien dazu gehören – oder möchte man sie als ‚Politische Philosophie‘ dem Fach Philosophie zuschlagen? Und wie steht es mit formalen Ansätzen, die aus der Ökonomie stammen, etwa Rational Choice? Welcher Kanon politischer Ideen soll von der politischen Ideengeschichte erforscht und in ihren Lehrbüchern präsentiert werden? Je nachdem, wie die Antworten auf diese Fragen ausfallen, ergeben sich daraus unterschiedliche inhaltliche Profilierungen der Politischen Theorie und Ideengeschichte.
- In *disziplinärer* Hinsicht geht es bei der Verhältnisbestimmung dann um die Frage, ob die Politische Theorie und Ideengeschichte weiterhin als eine (oder gar zwei) Subdisziplin(en) des Faches Politikwissenschaft verstanden werden soll oder ob es künftig besser wäre, sie als ein interdisziplinäres Wissensfeld zu definieren. Je nach dem, wie die Antworten auf diese Frage ausfallen, werden sich auch die Stellenbesetzungen für Professuren und Mitarbeiterpositionen im Bereich Politischer Theorie ändern.
- In *konzeptioneller* Hinsicht geht es schließlich um die Frage, wie das Verhältnis von Politischer Theorie und Ideengeschichte zu den anderen Teilgebieten des Faches gedacht wird. Wie beeinflussen sich Politische Theorie auf der einen Seite und die weiteren Teile des Faches auf der anderen Seite untereinander? Gibt es gemeinsame Lernprozesse, gehen Impulse von der einen in die andere Richtung und umgekehrt aus oder kapseln sich die Bereiche eher voneinander ab? In traditioneller Sicht – nicht nur in Europa, sondern auch in der Gründungsphase des Faches am Ende des 19. Jahrhunderts in den USA – wurde der Politischen Theorie eine ‚Königsrolle‘ unter den disziplinären Subdisziplinen zugeschrieben. Diese Anmaßung ist heute obsolet. Doch welchen Stellenwert hat sie dann noch im Fach? Hier scheint sich fast schon das entgegengesetzte Extrem durchzusetzen: Theoriearbeit betreibt doch irgendwie jeder Politikwissenschaftler in seiner jeweiligen Subdisziplin, und deshalb bedarf es – abgesehen von einigen wenigen Ideengeschichtlern, die in ihrer Nische Traditionspflege betreiben – heutzutage nicht mehr einer autochthonen Politischen Theorie.

Alle drei Fragen rühren nicht nur am Kern der Identität der politikwissenschaftlichen Subdisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte, sondern – je nachdem, wie die Antworten im Einzelnen ausfallen – sie berühren auch das Selbstverständnis der anderen Teildisziplinen im Fach sowie der politischen Philosophie und der Gesellschaftstheorie. Und alle drei Fragen stellen explizit oder implizit die Frage nach der grundsätzlichen Relevanz von Politischer Theorie und Ideengeschichte auch über das Fach und die Wissenschaft hinaus. Heute kann die Antwort auf die Relevanzfrage sicher nicht mehr die von Arnold Brecht aus dem Jahre 1959 sein, die „apokalyptische Schlacht Harmagedon“ zwischen Totalitarismus und Demokratie sei „in erster Linie eine Schlacht der Theorie“ (Brecht 1959: 21). Denn eine solche heroische Rollenzuschreibung würde die tatsächlichen Funktionen und Wirkungsmöglichkeiten akademisch betriebener Politischer Theorie hoffnungslos überschätzen. Realistische Antworten – auch und gerade für normative Theorieambitionen – lassen sich nur in sehr viel kleinerer Münze geben. In einem solchen Sinne produktiv auf die neu in Bewegung geratene Debatte über Status und Rolle der Politischen Theorie und Ideengeschichte zu reagieren ist das gemeinsame Ziel aller sieben Beiträge in diesem Buch.

Den Auftakt macht ein Beitrag von *Hubertus Buchstein* und *Dirk Jörke*, in dem zunächst noch einmal an die verschiedenen Stationen im schon zu früheren Zeiten nicht immer einfachen Verhältnis zwischen Politischer Theorie und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik erinnert wird. Entgegen der gern gepflegten fachhistoriographischen Legende war die Disziplin in ihrer Gründungsphase keineswegs von einer starken Politischen Theorie und Ideengeschichte dominiert. Auch später musste sich der Teilbereich immer wieder neu behaupten. Bis heute zieht sich durch all diese Debatten wie ein roter Faden die Frage, ob und inwieweit Politische Theorie über den Status einer rein sozialwissenschaftlichen Bereichstheorie hinaus eine eigenständige Funktion erfüllen soll und kann. Worin bei einer positiven Antwort auf diese Frage diese Funktionen im Einzelnen zu sehen sind, versuchen die Autoren in den Schlusspassagen ihres Beitrages mit der Benennung von drei spezifischen Reflexionsfunktionen deutlich zu machen.

Folgt man den Überlegungen von *Grit Straßenberger* und *Herfried Münkler*, so muss man der Politischen Theorie und Ideengeschichte sogar die eigentliche Klammerfunktion für eine in verschiedene Richtungen auseinanderdriftende Politikwissenschaft zugestehen. In dem Maße allerdings, in dem die Politikwissenschaft sich im Zuge ihrer Szientifizierung von der geisteswissenschaftlich orientierten Politischen Theorie und Ideengeschichte distanziert, verliert sie nicht nur an interner Orientierung, sondern gibt eine zentrale Kreativitätsreserve des Faches auf: Denn die im Fundus der politischen Ideengeschichte aufbewahrten Theorien sind Theorien mit einer erwiesenen Erklärungs- und Wirkungskraft, die Anlass zur Vermutung geben, dass zumindest einige von ihnen auch heute von

Bedeutung sein könnten. Folgt man Straßenberger und Münkler weiter, dann gewinnt die politikwissenschaftliche Analyse mit dem Erfahrungsschatz der politischen Ideengeschichte nicht nur historische Bodenhaftung, sondern auch die intellektuelle Sensibilität und Flexibilität, die für die Wahrnehmung und Lösung heutiger Probleme und Herausforderungen erforderlich ist.

An dieser Stelle setzen *Gerhard Göhlers* Überlegungen zum Stellenwert von Erfahrungen in politiktheoretischen Reflexionsprozessen ein. In der politischen Theorie geht es zwar nicht selbst im unmittelbaren Sinne um Empirie, aber sehr wohl um deren theoretische Verarbeitung sowie um die Vorfrage, wie Empirie denn sinnvoll einzusetzen ist. Ausgehend von dieser Grundüberlegung entfaltet Göhler einen weiten Erfahrungsbegriff, der seinerseits den Ausgangspunkt für eine wissenschaftssystematische Neubestimmung des Verhältnisses von empirischer Forschung zur politischen Theorie, zur politischen Philosophie und zur politischen Ideengeschichte erlaubt. Letztlich sei es die politische Philosophie, die für viele der interessantesten Fragestellungen der politischen Ideengeschichte leitend ist und die die politische Ideengeschichte als Subdisziplin im Fach organisiert.

Thomas Risse bezieht sich in seinen Überlegungen explizit auf Arbeiten Göhlers, die dessen Erfahrungskonzept gleichsam in theoretische Praxis umsetzen. Der dadurch entstehende Dialog zwischen den beiden Subdisziplinen ‚Internationale Beziehungen‘ und ‚Politische Theorie‘ ist zum einen deshalb instruktiv, weil er auf mögliche Schwachpunkte im Macht- und Institutionenverständnis auf seiten der Politischen Theorie aufmerksam macht. Zum anderen zeichnet Risse die bisherigen Entwicklungslinien in den Theorien internationaler Beziehungen nach und markiert die Punkte, an denen es auch bisher schon zu einem Austausch zwischen den Subdisziplinen ‚Politische Theorie‘ und ‚Internationale Beziehungen‘ gekommen ist.

Verschiedene Diskussionen innerhalb der Subdisziplin Internationale Beziehungen nimmt *Peter Niesen* in seinem Beitrag zum Anlass, eine Renaissance der normativen politischen Theorie diagnostizieren zu können. Diese Renaissance geht einher mit einem verstärkten Interesse an Fragen der Demokratie und der demokratischen Gestaltung politischer Prozesse. Der plakativ mit ‚Politische Theorie als Demokratiewissenschaft‘ überschriebene Beitrag hat zum Ziel, die Demokratie als paradigmatischen Kern der modernen Politischen Theorie auszuweisen, um dann von diesem normativen Punkt aus den Kontakt zu den anderen Nachbardisziplinen zu organisieren.

Demgegenüber reagiert *André Brodocz* auf die Herausforderung, vor der sich die Politische Theorie aus der Perspektive einer an Niklas Luhmann geschulten Gesellschaftstheorie sieht: Wenn moderne Gesellschaften als in verschiedene funktionale Teilsysteme ausdifferenziert beschrieben werden, in denen

die Politik lediglich ein Teilsystem unter anderen darstellt, dann kann man Politische Theorie genau genommen nur noch als eine Subtheorie von Gesellschaftstheorie betreiben. Brodocz weist nun die funktionalistische Diagnose nicht einfach als haltlos zurück, sondern verfolgt die Verortungen des Politischen bei neueren Autoren in der Tradition Luhmanns nach und gelangt dabei zu dem Befund, dass sich eine Art schleichender Einbruch des Politischen in ihrem radikalen Funktionalismus beobachten lässt. Aufbauend auf dieser Beobachtung skizziert Brodocz Überlegungen zu einem dynamischen Begriff des Politischen als kontinuierlichem Kampf um Kontinuierung in modernen Gesellschaften.

Dass die Politikwissenschaft heute vor allem eine empirische Sozialwissenschaft ist, ist auch der Ausgangspunkt der Überlegungen von *Bernd Ladwig* im letzten Aufsatz dieses Bandes. Ladwig präsentiert darin einen Vorschlag, wie vor diesem Hintergrund politische Theorie, politische Philosophie und Gesellschaftstheorie sinnvoll miteinander integriert werden können. Unter Bezugnahme auf neuere Literatur zu Governance beschreibt er die moderne Gesellschaft als nicht permanent im Ganzen politische, aber potentiell vollständig politisierbare. Wo genau funktionale Differenzierungen und institutionelle Logiken verteidigt werden müssen und wo sie zum Zwecke der Herstellung oder Wahrung autonomer Lebensformen neu geschaffen oder wieder eingerissen werden müssen, ist eine Frage, die sich nur im Zusammenspiel der drei Komponenten sinnvoll beantworten lässt und für die er die normative Reflexionsfunktion der politischen Philosophie als unerlässlich erachtet.

Die in diesem Band versammelten Beiträge gehen in der Mehrzahl auf ein Symposium zurück, das anlässlich der Verabschiedung von Gerhard Göhler vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin am 17. Februar 2006 unter dem Titel ‚Politische Theorie und Politikwissenschaft. Rolle und Perspektiven einer Teildisziplin‘ veranstaltet wurde. Die ausgesprochen lebhaft und kontrovers geführte Debatte gab den Anlass, die Referenten zu bitten, ihre Vorträge schriftlich auszuarbeiten. Die weiteren Beiträge konnten zur thematischen Komplettierung des Bandes eingeworben werden.

Dass das Buch in vergleichsweise kurzer Zeit fertiggestellt wurde, ist zunächst einmal den Autoren zu verdanken, die sich ohne Zögern gern und schnell bereit fanden, die erbetenen Ausarbeitungen vorzunehmen. Bedanken möchten wir uns aber ebenso bei Michael Hein vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald, der die Hauptlast der redaktionellen Arbeit getragen hat.

Greifswald und Berlin, im Februar 2007

Literatur

- Arendes, Cord*, 2005: Politikwissenschaft in Deutschland. Wiesbaden.
- Berlin, Isaiah*, 1961: Does Political Theory Still Exist? In: *Berlin, Isaiah*, Concepts and Categories: Philosophical Essays. Hrsg. von Henry Hardy. Princeton 1999, 147–184.
- Bleek, Wilhelm*, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München.
- Brecht, Arnold*, 1959: Politische Theorie. Die Grundlagen des politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Tübingen 1961.
- Buchstein, Hubertus/Fietz, Stefan*, 2007: Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1 (im Erscheinen).
- Grant, Ruth W.*, 2004: Political Theory, Political Science, and Politics. In: *White, Stephen K./Moon, Donald* (Hrsg.), What is Political Theory? London, 174–192.
- Laslett, Peter*, 1956: Introduction. In: Philosophy, Politics and Society. 1st Series. Hrsg. von *Peter Laslett*. Oxford, iii–ix.